
Neue Stiftung soll Lebensverhältnisse angleichen



Das zentrale Anliegen der neuen Stiftung sei es, „Serviceangebote für die Organisation von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt bereitzustellen und ehrenamtlich Tätige bei der Digitalisierung zu unterstützen“, so eine [Pressemitteilung](#) der Bundesregierung. Demnach habe das Kabinett im Juli der Gründung einer solchen Stiftung zugestimmt.

Hervorgegangen sei die Stiftung aus einer Empfehlung der [Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse](#). Diese Kommission hatte sich seit Juli 2018 damit auseinandergesetzt, wie strukturelle Unterschiede in Deutschland besser ausgeglichen werden können und Ende Mai einen Maßnahmenkatalog vorgelegt. Neben sozialen Unterschieden standen auch Unterschiede in Mobilität und Mobilfunkversorgung sowie der demographische Wandel im Fokus der Kommission. Wie die [Schweriner Volkszeitung](#) schreibt, befänden sich nur 16 Prozent der Vereine im Osten Deutschlands. Laut SVZ soll sich auch der Sitz der neuen Stiftung im Osten Deutschlands befinden.

„Besonders in strukturschwachen und ländlichen Regionen ist es häufig schwierig, ehrenamtliche Strukturen aufzubauen und zu erhalten“, so der Pressebericht zur Gründung der Stiftung weiter. Demnach solle die neue Stiftung schwerpunktmäßig auch kleinere Initiativen darin unterstützen, Fördermaßnahmen zu bekommen, sich in rechtlichen Fragestellungen beraten zu lassen oder die Möglichkeiten der Digitalisierung auszuschöpfen.

Zeitplan und konkretere Aufgaben

Zu den geplanten Serviceangeboten zählen demnach die Beratung zu Möglichkeiten von Freiwilligendiensten wie dem Bundesfreiwilligendienst, dem sozialen oder ökologischen Jahr. Ebenso soll die neue Stiftung darüber informieren, wie sich Projekte durch die

Förderprogramme „Demokratie leben“ oder „Zusammenarbeit durch Teilhabe“ unterstützen lassen können. Ein weiteres Thema, das sich durch die neue Stiftung vorantreiben ließe, ist der Bereich der Mehrgenerationenhäuser.

Um Themen möglichst zügig anzugehen, sei die Gründung noch für dieses Jahr geplant, so der Pressebericht weiter. Auf Anfrage unseres Magazins bestätigte ein Sprecher der Regierung, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft beauftragt worden seien, „sich zeitnah einvernehmlich auf ein Errichtungsgesetz nebst Satzung zu verständigen und die Ressortabstimmung hierzu einzuleiten, so dass eine Gründung noch im Jahr 2019 erfolgen kann.“ Die finanzielle Ausstattung der Stiftung müsse im Haushaltsaufstellungsverfahren geklärt werden.